

Auch schon lange her

1989 und was danach kam

von Peer Pasternack

Mehr als die Hälfte seiner Zeit – 28 Jahre – hat der BdWi inzwischen auch den Osten der Republik am Hals. Das hatte er ursprünglich so nicht gewollt – ebenso wenig wie diejenigen in der Noch-DDR, zu denen der BdWi 1989/90 inhaltliche Affinitäten hatte und Beziehungen aufbaute, also Vereinigte Linke, die Mehrzahl der neuen Studentenräte und Teile der PDS und SDP. Weder war man scharf auf eine deutsche Neuvereinigung, noch verbreitete

der anschließende Umbau des ostdeutschen Hochschulsystems Fröhlichkeit. Doch wie die Dinge lagen und liefen, war dann auch dort zu tun, was der BdWi immer getan hatte: Öffentlichkeit herstellen, Unterstützungen anbieten, Seminare veranstalten. Er entfaltete im und für den Osten des Landes eine Art aufsuchende Hochschularbeit. Einige Anknüpfungspunkte gab es.

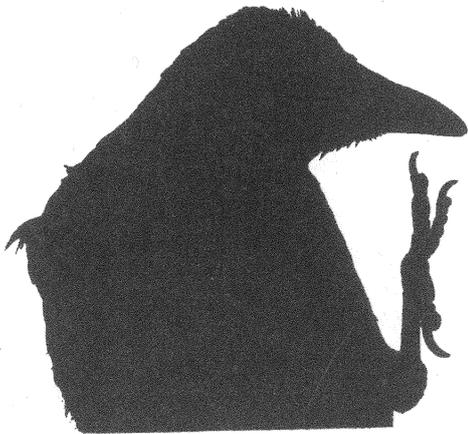
Die Hochschulen waren zu demokratisieren. Der notwendige zerstörende Anteil daran war schnell erledigt: die Auflösung der SED- und FDJ-Strukturen, die Entsorgung ideologischer Studienanteile, das Aufheben der Beschränkungen des freien Studienzugangs. Der nicht notwendige zerstörende Anteil kam später und schwierig war es dann vor allem mit dem Neuaufbau. Alle an den Hochschulen hatten Ideen, keiner hatte Ahnung. Man einigte sich auf den Formelkompromiss »demokratische Erneuerung«.

Das bedeutete für die einen primär die Beschreibung eines zu erreichenden Zustandes: Die Hochschulen sollten erneuert werden, um hinfort mit ihrem Umfeld kompatibel sein zu können. Dabei müsse ggf. eine zeitweilige Suspendierung demokratischer Regeln um des übergeordneten Zweckes willen in Kauf genommen werden. Für die anderen beschrieb demokratische Erneuerung nicht allein die Zielprojektion, sondern auch bereits den dorthin zurückzulegenden Weg: Die Hochschulen könnten nur dann demokratische werden, wenn der Erneuerungsvorgang selbst schon den Maßstäben genüge, die diesbezüglich billigerweise anzulegen seien.

Aufbruch

1989/90 zunächst war die Abschaffung der Fremdverwaltung der Studierenden und die Durchsetzung ihrer Selbstvertretung in Gestalt unabhängiger StudentInnenRäte originärer Bestandteil des demokratischen Aufbruchs im Lande. Ehren- und Rehabilitierungskommissionen nahmen an den Hochschulen ihre Arbeit auf. Funktionsträger:innen wurden verpflichtet, gegenüber Mitarbeiter:innen und Studierenden die Vertrauensfrage zu stellen. Im Laufe des Jahres 1990 fand sich die altlastgesättigte Professorenschaft unter gezielter Ausnutzung

Die Säuberung des Ostens



Die Bezeichnungen »Evaluation« und »Abwicklung« haben eine neue Bedeutung bekommen, seit sich Kommissionen des Wissenschaftsrates daranmachen, unter ungewöhnlichen Heimlichkeiten und in größter Hast das Wissenschaftssystem auf dem Gebiet der ehemaligen DDR einschließlich den darin arbeitenden Personen dem Wirtschaftssystem folgen zu lassen: Auf die Müllhalde der Geschichte.

Berichte, Meinungen, Einschätzungen und Dokumente dieser weder wissenschaftliche noch demokratische Kriterien sonderlich berücksichtigenden Intervention in die Wissenschaft findet mensch in

FORUM WISSENSCHAFT 4/90

Außerdem:

Warum neuerdings über die Hochschullehre diskutiert wird, weshalb die Hochschulprüfungen nichts taugen, was das rot-grüne Berliner Hochschulgesetz bringt, wie ein novelliertes HRG auszusehen hätte, und, und, und ...

FORUM
Wissenschaft

FORUM WISSENSCHAFT 4/90 (72 S., 7,- DM)
ist zu beziehen beim BdWi, Postfach 543,
3550 Marburg, Tel.: 06421 - 21395
Jahresabonnement 25,- DM

ihres schlechten Gewissens zu demokratischen Verfahren gedrängt, wurden Konzile in Viertelparitäten gewählt, Vetorechte oder Sperrminoritäten in den Selbstverwaltungsgremien verankert und schrieben die neuen Uni-Verfassungen plebiszitäre Fingerübungen fest. Doch als sich all das in den Hochschulgesetzen der erneut gebildeten Länder wiederfinden sollte, hatte der Souverän wie so oft völlig daneben gewählt. So wurde es mit der radikalen Demokratisierung der Hochschulen wieder einmal nichts.

Stattdessen kamen auswärtige Berater. Die hatten zwar keine Ideen, aber Ahnung – und alle eine Diskette im Gepäck mit vermeintlich bewährten Gesetzen drauf. Nicht die Textbausteine wurden dann der Hochschulrealität angepasst, sondern die Realität hatte sich dem importierten Text zu nähern. Was gleichwohl in den neuen Landeshochschulgesetzen westabweichend vorkommen durfte, waren Verschärfungen gegenüber westdeutschen Gemütlichkeiten. Die eben noch einfach so, mangels Widerstand, etablierte Studienfreiheit erhielt deutliche Dämpfer. Normierte Studiengänge und sanktionsbewehrte Hochschulaufenthaltszeiten, Eingangsprüfungen und dergleichen – während im Westen noch heftig diskutiert wurde (um es dann zehn Jahre später einzuführen), schrieb es der Osten einfach in seine Gesetze.

Kulturell gab es zwei ›Innovationen‹: Die Alltagsarroganz gegenüber Gleichstellungsfragen sorgte dafür, dass die Ost-Hochschulen ihren Gleichstellungsvorsprung gegenüber den westdeutschen bis Anfang der 2000er Jahre ›erfolgreich‹ abgebaut hatten. Und die regressive Neigung, sich traditionelle akademische Formen, Symbole und Bräuche wiederanzueignen, Amtsketten umzulegen und Talare aus dem Fundus zu holen, um sie spazieren zu tragen, nahm ihren Ausgang an den ostdeutschen Hochschulen der Umbruchzeit.

Ansonsten überlebte nur eines aus dieser Zeit, und das war ambivalent: Die StudentInnen-Räte wurden in den meisten Landeshochschulgesetzen als einziges oder optionales Vertretungsmodell fixiert. Es bestand also weiterhin die Möglichkeit, den StuRa über die Mehrheitswahl von Fachschaftsvertreter:innen zu konstituieren statt über die Verhältniswahl (partei)politischer Listen. Doch was die StuRä als großen Erfolg ihrer Bemühungen um Beeinflussung der Gesetzesentwürfe feierten, entsprang in den Ministerien eher politischem Kalkül. Zwar assoziierten die dortigen Entscheidungsträger bei »StudentenRat« eher »Arbeiter- und Soldatenrat« als »Aufsichtsrat« und empfanden den Parlamentarismus eigent-

lich auch für die Studierendenvertretung als viel situationsgerechter. Zugleich aber blieb ihnen eines nicht verborgen: Der Anspruch der StuRä, alle Studierenden an der Hochschule vertreten zu wollen, hat naturgemäß auch befriedende Wirkungen. Aus diesem selbstgesetzten Anspruch, umgesetzt als Konsensorientierung, resultiert zwangsläufig eine gewisse Selbstbeschränkung.

Abwicklung

Zwischendurch, zum Jahreswechsel 1990/91, war die Abwicklung über die ostdeutschen Hochschulen gekommen. Sie betraf die Institute, die inhaltlich eng mit der DDR-Gesellschaftsordnung verbunden gewesen waren. Abwicklung bedeutete die Schließung der Einrichtungen und Versetzung ihrer Mitarbeiter:innen in eine Warteschleife; sobald die Warteschleife ausgelaufen war, endeten alle weiteren Verpflichtungen des öffentlichen Arbeitgebers. Problematisch daran war die dezidierte Nichtindividualität des Vorgangs. Die Mitgliedschaft in einem Institut, das als politisch problematisch oder sachlich überflüssig galt, also ein *Kollektivmerkmal*, entschied über die *individuelle* berufliche Existenz. Die Protagonisten dieses Vorgehens hingegen argumentierten jakobinisch: Die Abwicklungen seien ein Befreiungsschlag, der arbeitsrechtliche Zwänge beseitige. Der Vorgang bildete dann das paradigmatische Muster für die weiteren Umgestaltungsvorgänge in der ostdeutschen Wissenschaft.

Im Ergebnis vollzog sich der ostdeutsche Hochschulumbau als ein Anpassungsprozess an das normsetzende und strukturtransferierende westdeutsche Wissenschaftssystem und war das Personal stark dezimiert sowie deutlich vermännlicht und verwestlicht worden. Der Vorgang wurde umgesetzt unter Bedingungen eines unangemessenen Zeitrahmens, defizitärer Kapazitäten der Transformationsbewältigung seitens des politischen Systems sowie rigider Sparzwänge. Er war gekennzeichnet durch Schwächen der Problemdefinition, in ihrem Anspruchsniveau stark differierende Zielsetzungen, Delegitimierungsanstrengungen hinsichtlich der ostdeutschen Ausgangsstruktur, asymmetrische Organisiertheit der konfligierenden Interessen und dadurch dominierende Einflüsse klientelistischer Interessenskartelle.

Der BdWi hat all das prozessbegleitend entsprechend kommentiert. Als dann alles gelaufen war, haben sich wesentliche Umbauakteure diesen Einschätzungen in manchen Punkten angeschlossen. 2002 bilanzierten auf einer Tagung »10 Jahre danach« Akteure

»Gestaltung statt Standortverwaltung – Für eine sozialökologische Erneuerung der Forschungs- und Technologiepolitik« mit 400 Erstunterzeichner*innen.

17.7.: In Hannover konstituiert sich der neue BdWi-Arbeitskreis »Wissenschaft und Menschenrechte«. Sommer: Der BdWi geht online und richtet über Server der RWTH Aachen eine E-Mailadresse und einen »elektronischen Info-Stand« ein.

27.8.–3.9.: 6. Herbstakademie in Volterra. »Komplexe Welten – Turbulente Verläufe«.

Tagungen: »Die Hochschule als gesellschaftliches Risiko« in Berlin, »Lage und Perspektiven der KurdInnen« in Hannover.

4.12.: 23. Mitgliederversammlung in Berlin.

1995:

20.–22.1.: Tagung »Was aus Deutschland werden sollte. Konzepte des Widerstands, des Exils und der Alliierten« in Marburg.

5.–7.5.: 5. Frühjahrsakademie für Studierende in Wengern: »Konservatismus und Wissenschaft«.

26.8.–2.9.: 7. Herbstakademie in Volterra:

»Sustainable Rule. Nachhaltige Entwicklung zwischen Naturerhaltung, Herrschaftsstrategien und Gesellschaftsveränderung«.

8.–9.12.: 24. Mitgliederversammlung in Münster. Themenschwerpunkt der Diskussion: »Linke Politik und Wissenschaft.« Neu im Vorstand: *Wolfgang Adamczak, Ulrike Gonzales, Marcus Gottsleben, Barbara Hoffmann,*

des Wissenschaftsumbaus ihr seinerzeitiges Tun und dessen Wirkungen. Im Grundsatz fiel die Rückschau zwar, was sonst, positiv aus. Doch schloss dies deutliche Selbstzweifel und kritische Anmerkungen ein. Schuld habe man auf sich geladen und sich an einer ganzen Generation versündigt (Horst Kern). Ungerechtigkeiten (Benno Parthier) und persönliche Tragik (Manfred Erhardt) seien zu beklagen. Es habe sich um einen schmerzlichen Prozess gehandelt (Jens Reich), für die Betroffenen um eine Katastrophe (Gerhard Maess). An der Humboldt-Universität seien Fehlentscheidungen der Ehrenkommissionen vorgekommen, wenngleich nur gelegentliche (Erich Thies), und ungerechtfertigte Härten erzeugt worden (Richard Schröder).¹

DDR reloaded?

Allerdings ging es in den Vorgängen nicht allein um personelle Fragen und subjektive Befindlichkeiten. Dem BdWi ging es vor allem um kritische Wissenschaft. Dafür erwiesen sich die Umbauprozesse als denkbar schlechter Kontext. Sie waren damit kein gutes Umfeld, um der allgemeinen Entpolitisierung in der nun gesamtdeutschen Wissenschaft etwas entgegenzusetzen zu können. Das zeigt sich auch darin, dass in manchem das DDR-Wissenschaftssystem inzwischen faktisch wiedergekehrt ist (wobei sich niemand daran erinnert, dass es die Dinge bis 1990 schon einmal gegeben hatte). Man kann sich daran delectieren, doch wird hier auch offenbar, wo heute die Schwerpunkte von Hochschulentwicklung liegen – nämlich vor allem im Organisatorischen. So ähnelt die Leibniz-Gemeinschaft verblüffend der DDR-Akademie der Wissenschaften, die 1990 nur noch als Forschungskombinat

mit unklarer Struktur galt. Das Lernen in kleineren Gruppen wird im Zuge der Bologna-reform in den Master-Programmen realisiert. Die DDR-Personalkategorie des Lehrers im Hochschuldienst (LHD) lässt sich in neu eingeführten Stellen wie Lecturer, Dozent.in oder Lehrprofessur wiederentdecken. Dass in der DDR eine hochschulpädagogische Qualifizierung Voraussetzung der Facultas docendi war, ähnelt stark den heutigen Bemühungen, hochschuldidaktische Zertifikate als Teil der Post-doc-Qualifizierung durchzusetzen. Ein Echo des in der DDR flächendeckend angebotenen Fernstudiums könnte man in den vielfältigen Bemühungen entdecken, berufsbegleitende Weiterbildungsprogramme zu etablieren, die mit regulären Studienabschlüssen enden. Auch das 1990 zunächst ersatzlos gestrichene DDR-Forschungsstudium wurde in Gestalt strukturierter Doktorandenausbildung neu erfunden. Die handwerkliche Orientierung künstlerischer Hochschulausbildungen, wie sie in der DDR prägend war und nach 1990 als konservativ geschmäht wurde, kehrt zurück, da Ausstellungsbetrieb und Kunstmarkt hier deutliche Umwertungen vorgenommen haben.

Ursachen

Im Rückblick wird häufig gefragt, was den Durchmarsch der westdeutschen Strukturen und des westdeutschen Personals gerade im Wissenschaftsbereich so leicht gemacht habe. Manche vermuten, dass sich ein antikommunistischer Furor Bahn gebrochen habe, der die Ideologieproduzenten des DDR-Sozialismus vor allem in der Wissenschaft entdeckte. Andere meinen, der Umbau müsse doch zumindest dann als sehr zivil vonstattengegangen bewertet werden, wenn man sich vorstelle, wie



Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift 29. Jahrgang, Nr. 113, März 2018, 224 Seiten

Arbeitskämpfe

Sadowsky – *Metallerstreik* / Paape – *Eine für alle – die 35-Stunden-Woche* / Siebler – *Traumhafte Postgewinne* / Fütterer – *Globale Bekleidungsindustrie*

Marx 200: Arbeit und Ausbeutung

Müller – *Ausbeutung und Einkommensverteilung* / Wright – *Ausbeutung als soziologisches Konzept* / Werner – *Vom Lohnsklaven zum „Arbeitskraftunternehmer“* / Krug – *Was heißt hier „Ausbeutung“?* / Schwarzbach – *Ausbeutung 4.0* / Schmucker – *Arbeitsbelastungen im Gegenwartskapitalismus*

1968: Abendroth – *Der Weg der Studenten zum Marxismus*

Und: Kuczynski – *Inwertsetzung der Natur oder Wertrevolution?* / Schwarz – *Neu-Edition der „Deutschen Ideologie“* / Artus – *Diskussion in der Linken um Prostitution* / Boris – *Populismus ... und kein Ende* / Wagner – *Linke, Nation und Rechtspopulismus* / Metscher – *Probleme der ästhetischen Terminologie* / Grandt – *Gott im Geld*

Sowie: Zuschriften, Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt:Z-Vertrieb: PF 500 936, 60397 Ffm, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail: redaktion@zme-net.de

es im umgekehrten Falle den westdeutschen Wissenschaftler:innen ergangen wäre. Wieder andere sehen die Ursachen vor allem in der komfortablen personellen Ausstattung der DDR-Wissenschaft. Schließlich wird auf das Wirksamwerden der wissenschaftstypischen Konkurrenzstrukturen verwiesen, innerhalb derer die neu Hinzugekommenen die Spielregeln halt schlechter beherrscht hätten. Keine der vier Einschätzungen geht an den Tatsachen vorbei und keine erklärt jeweils für sich genommen allein die Vorgänge.

Den antikommunistischen Furor hat es gegeben, aber er hätte nicht erfolgreich sein können, wenn seine Motive nicht auch empirisch unterfüttert gewesen wären – und damit auch anderen eingeleuchtet hätten. Denn es gab ja tatsächlich auch die Betonköpfe unter den Hochschullehrer:innen, denen Ideologie als Wissenschaft galt, die keine Scheu hatten, dem MfS über Kolleg:innen und Studierende zu berichten, und die bereitwillig an jeder politischen Strafaktion mitwirkten, die von und in den Hochschulen verlangt wurde. Eine wirklich emanzipatorische Gesellschaftswissenschaft etwa wurde in der DDR dagegen nur von einer Minderheit vertreten.

Moralische Entlastung konnte es in der Tat verschaffen, wenn man sich hypothetisch die umgekehrte Situation vorstellte: Was wäre zu erwarten gewesen, wenn die DDR die Bundesrepublik geschluckt hätte und infolgedessen z. B. im philosophischen Revier nicht die postmodernpoststrukturalistischneopragmatischsozialkonstruktivistischanalytischen Philosophien, sondern der Historische und Dialektische Materialismus übriggeblieben wäre? Angesichts der in Scharfrichter-Manier zu den Akten gegebenen Sortierungen der nicht-marxistisch-leninistischen Theorieproduktion nach deren jeweiligen kognitiven Verfehlungen, wie sie bis dato als steter Fluss aus den DDR-Gesellschaftswissenschaften gekommen waren: Hätte dann etwa ein Jürgen H. die Chance bekommen, nach seiner Evaluierung als »entwicklungsfähig« am Lehrstuhl eines Hans St. (vormals Parteihochschule »Karl Marx« in Berlin/DDR und nun in Frankfurt am Main auf der Eckprofessur für Historischen Materialismus) eine auf drei Jahre befristete Oberassistenten zu besetzen, um sich für eine etwaige Dauerstelle (außerordentliche Dozentur) im Bereich »Kritik der bürgerlichen Soziologie« zu qualifizieren? Oder hätte man H. eine Umschulung zum Agitationstexter oder Betriebsökonom zugewiesen? Oder ihn in die Produktion geschickt, auf dass er einen Zugang zum herrschaftsprallen Diskurs der herrschenden Arbeiterklasse finden möge?

Die personelle Ausstattung der DDR-Hochschulen war im Verhältnis zu den Studierendenzahlen tatsächlich sehr komfortabel, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung indes nicht. Doch hier war das Hauptproblem vor allem ein regionales: In Sachsen und (Ost-)Berlin konzentrierte sich rund die Hälfte der ostdeutschen Wissenschaftspotenziale, d. h. dort war auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung eine – im West-Ost-Vergleich – »Überausstattung« gegeben.

Die typischen Konkurrenzstrukturen eines meritokratischen Wissenschaftssystems sind ebenfalls wirksam geworden, waren zum Teil aber auch temporär außer Kraft gesetzt: Zeitweise wurde in Besetzungsverfahren ein Ostbonus angewandt, von dem einzelne profitierten. Gleichzeitig war es aber auch die Stunde für Durchschnittsbegabungen – was weniger despektierlich gemeint ist, als es klingt: Die meisten Menschen, auch Wissenschaftler:innen, sind Durchschnittsbegabungen, insoweit sich der Durchschnitt aus der Streuung zwischen sehr schlecht und sehr gut, geteilt durch die Anzahl der jeweiligen Kohortenangehörigen errechnet. Das Problem war eher: Um eine überdurchschnittliche ostdeutsche Bewerberin hinter sich zu lassen, genügte der westdeutschen Konkurrentin unter den obwaltenden Umständen auch eine durchschnittliche Performanz; und der durchschnittliche Ost-Bewerber konnte durchaus auch von einem unterdurchschnittlichen Konkurrenten ausgestochen werden, soweit dieser nicht aus dem Osten kam. Hier wurde ein Zusammenspiel habituelier Eigenheiten, fehlender Netzwerkeinbindungen und des (noch) unzulänglichen Beherrschens der neuen Spielregeln wirksam. Das öffnete die Vorgänge dem Einfluss klientelistischer Interessen. Die westdeutsche Generationsblockade, verursacht durch die Kohortenberufungen der 70er Jahre, ließ sich so unverhofft auflösen. Sowohl davon als auch von jenen hat, dem Vernehmen nach, auch das eine oder andere BdWi-Mitglied profitiert. So hing mal wieder, jedenfalls irgendwie, alles mit allem zusammen.

Anmerkungen

- 1) Jakob Wegelin 2002: »Geklonte Defizite. Ein Symposium der Evaluierer hält nach zehn Jahren ratlose Rückschau auf die Wissenschafts-Transformation in Ostdeutschland«, in: *Leibniz Intern* Nr. 12, 30.4.2002: 13–15; hier: 14f.

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; http://www.peer-pasternack.de

Christina Kaindl, Sabine Kiel, Manfred Lauer-mann, Morus Markard, Evelin Wittich.

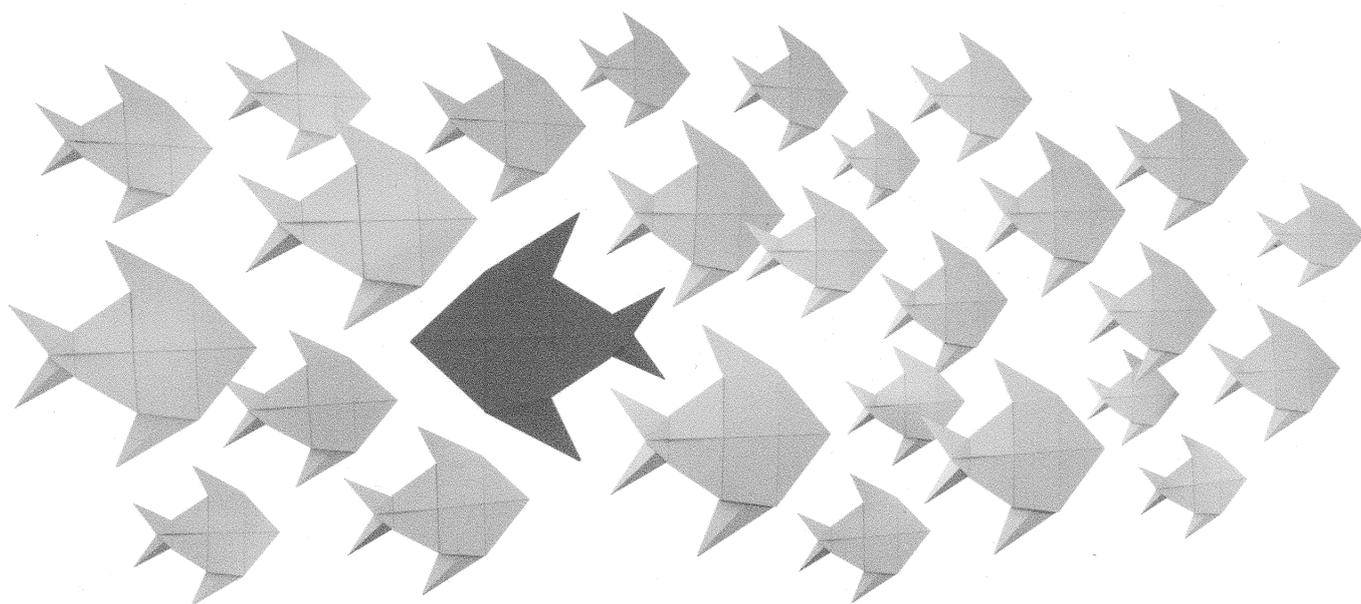
1996:

19.–21.1.: Konferenz »Informationsgesellschaft. Medien. Demokratie« in Hamburg mit rund 600 Teilnehmer*innen. Eine »Hamburger Erklärung zur Informationsgesellschaft« wird verabschiedet.
10.–12.5.: 6. Frühjahrsakademie für Studierende in Fronhausen: »Argumentationsmuster der Entsolidarisierung – zum Wirkungskreis rechter Denkansätze innerhalb der Studierendenschaft«.
24.–31.8.: 8. Herbstakademie in Volterra: »Zeitalter der Extreme. Bilanz des 20. und Ausblick auf das 21. Jahrhundert«.
7.–8.12.: 25. Mitgliederversammlung in Hannover. 35 Teilnehmer*innen diskutieren über den Themenschwerpunkt »Standort: die Rede darüber und das Problem«.

1997:

6.–9.2.: Kongress Kritische Psychologie in Berlin: »Erkenntnis und Parteilichkeit: Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft«.
23.–30.8.: 9. Herbstakademie in Volterra: »Nach dem Zeitalter der Extreme – Im Übergang ins 21. Jahrhundert«.
30.11.: 26. Mitgliederversammlung in Marburg. Diskutiert wird über aktuelle Fragen der Hochschulpolitik, das »Projekt Reichtum« des BdWi und über eine Erklärung gegen den »Großen Lauschangriff«. Der BdWi ist jetzt auch

Gegen den Strom schwimmen – 50 Jahre BdWi



*Mit Beiträgen von: Dieter Boris, Torsten Bultmann, Herbert Claas, Georg Fülberth,
Daniel Gaittet, Gudrun Hentges, Klemens Himpele, Steffen Käthner, Sabine Kiel,
Reinhard Kühnl, Morus Markard, Gisela Notz, Peer Pasternack, Lothar Peter, Rainer
Rilling, Paul Schäfer, Sonja Staack, Mareike Strauß, Gerd Wiegel, Frieder Otto Wolf*